

Heine, Michael; Walter, Dieter

Article — Digitized Version

Sektorale und räumliche Auswirkungen der Strukturanpassung in der DDR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Heine, Michael; Walter, Dieter (1990) : Sektorale und räumliche Auswirkungen der Strukturanpassung in der DDR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 8, pp. 402-405

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136665>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Michael Heine, Dieter Walter

Sektorale und räumliche Auswirkungen der Strukturanpassung in der DDR

Nach dem Vollzug der deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsunion hat für die DDR-Wirtschaft ein schmerzhafter Anpassungs- und Schrumpfungsprozeß begonnen. Welche Branchen und Regionen werden davon besonders betroffen sein? Wie stehen die Chancen, die zu erwartenden Beschäftigungsverluste durch Neuansiedlung bundesdeutscher und ausländischer Unternehmen auszugleichen?

Mit dem 1. Juli 1990, dem Tag der Umstellung der bisherigen Vermögen, Schulden und künftigen Einkommen in der DDR auf die D-Mark hat auch für die Unternehmen dort eine neue Epoche begonnen: Sie haben sich dem Wettbewerb zu stellen. Erfolgreichen Betrieben droht der harte Sanktionsmechanismus des Konkurses. Da die Arbeitsproduktivität in der DDR auf weniger als 40% des bundesdeutschen Niveaus geschätzt wird, gehen alle Prognosen davon aus, daß etliche Unternehmen in der DDR schon sehr bald zusammenbrechen werden.

Die Wirtschaft in der heutigen DDR wird allein kaum in der Lage sein, eine Wachstumsdynamik zu entfalten, die diese Verluste kompensiert. Dazu bedarf es der Investitionen vor allem bundesdeutscher Unternehmen. Damit steht die DDR vor dem Problem, für Investoren attraktive Standortparameter anzubieten. Anderenfalls läuft sie Gefahr, zur ökonomischen Peripherie zu werden.

Unternehmen unter Wettbewerbsbedingungen fallen üblicherweise rationale Standortentscheidungen. Bevorzugt bei der Standortwahl werden dabei oftmals Ballungsgebiete, die trotz der höheren Kosten bei Produktionsfaktoren wie Arbeit und Boden ökonomische Vorteile aufweisen¹. So verfügen diese Regionen über bessere Produktionsvoraussetzungen, z.B. in Form differenzierter Arbeitsmärkte oder leistungsfähiger Infra-

struktureinrichtungen. Räumliche Verdichtungen führen des weiteren zu Kostenersparnissen bei Lagerhaltung und Transport, sofern Zulieferer und/oder Abnehmer im Ballungsraum angesiedelt sind. Betriebliche Ausfallzeiten können durch leistungsfähige Reparatur- und Servicebetriebe in der Nachbarschaft minimiert werden. Die strukturstarke Regionen weisen einen höheren Besatz an produktionsnahen Dienstleistungen sowie Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen auf. Dadurch erhöhen sich die Informationsgeschwindigkeiten und Innovationsmöglichkeiten bei abnehmenden Kommunikations- und Informationskosten. Flankiert werden Vorteile der hier benannten Art durch nur schwer zu quantifizierende Führungsvorteile.

Eine Reihe von Unternehmen, die in diese Verflechtungsstrukturen nicht intensiv eingebunden sind, vermögen an solchen Agglomerationsvorteilen nicht zu partizipieren. Sie stellen das Ansiedlungspotential für die eher peripheren Gebiete dar, tragen aber zur Entwicklung tragfähiger, miteinander verflochtener und differenzierter Wirtschaftsstrukturen in diesen Regionen kaum bei.

Diese nur kurz skizzierten Raumnutzungsstrukturen prägen in unterschiedlichem Ausmaß sämtliche Industrienationen. Übertragen auf die aktuelle Situation in der DDR verweisen diese Überlegungen zur Standortwahl auf ein möglicherweise gravierendes Zukunftsproblem einer gesamtdeutschen Regionalpolitik: die vielfach prognostizierten massenhaften Konkurse von

Prof. Dr. Dieter Walter, 52, arbeitet an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften. Dr. Michael Heine, 40, ist Hochschulassistent am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin.

¹ Vgl. F. Buttler u.a.: Grundlagen der Regionalökonomie, Reinbek 1977, S. 80 ff.; sowie G. Myrdal: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Frankfurt/Main 1974; sowie M. Heine: Von der Peripherie zur Wirtschaftsmetropole – und zurück. Grundzüge einer Theorie räumlicher Agglomerationsvorteile, Berlin 1989.

DDR-Unternehmen könnten die historisch gewachsenen Verflechtungsstrukturen insbesondere in den altindustrialisierten Gebieten ganz oder teilweise zerstören. Damit würden diese Regionen an Attraktivität für diejenigen Betriebe verlieren, die auf die Vorteile von Verbundsystemen angewiesen sind. Im Ergebnis würden Ansiedlungen bzw. Investitionen unterbleiben, überlebende Betriebe würden längerfristig möglicherweise abwandern. Die betroffenen altindustriellen Regionen in der DDR würden ihre „agglomerationstypischen“ Standortvorteile mehr und mehr verlieren – im Extremfall werden sie zur Peripherie, die bei der Gewerbeansiedlung beispielsweise mit der Oberpfalz oder der Eifel konkurrieren muß.

Im folgenden wird nach Anhaltspunkten gesucht, welche Regionen innerhalb der DDR von derartigen Entwicklungen betroffen sein könnten. Dazu werden in einem ersten Schritt die bisherigen Raumnutzungsstrukturen dargestellt. Anschließend werden jene Branchen identifiziert und regional zugeordnet, die voraussichtlich besonders sensibel auf die notwendig gewordenen Umstrukturierungen reagieren werden. Die Perspektiven des tertiären Sektors bleiben ausgespart, da die Datenglage für tragfähige Prognosen hier nicht ausreicht. Zudem kann davon ausgegangen werden, daß die Entwicklungschancen dieses Sektors stark vom Leistungsvermögen des industriellen Bereichs geprägt werden².

Das Nord-Süd-Gefälle

Die räumliche Verteilung von Produktionsfaktoren in der DDR zeigt ein extrem ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle. Ausnahmen sind die Gebiete um Berlin, Frankfurt/Oder und Rostock. Im Rahmen dieser Verteilung lassen sich vier Agglomerationsräume identifizieren: Chemnitz/Zwickau, Dresden, Leipzig/Halle/Dessau und Berlin. Die industriell verdichteten Räume weisen des weiteren deutliche Branchenspezifizierungen auf. Die Chemieindustrie konzentriert sich vorrangig auf die Gebiete um Halle (Bitterfeld, Wolfen), Leipzig (Espenhain, Böhlen, Deuben etc.) und Frankfurt/Oder.

² Vgl. F.-J. B a d e : Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen, Berlin 1987.

³ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Forschungsgemeinschaft für Außenwirtschaft, Struktur- und Technologiepolitik e.V. (Hrsg.): Gestaltung des Strukturwandels in der DDR, Berlin 1990 (Materialband zur Wissenschaftlichen Konferenz am 11./12. 6. 1990 in Zwickau); sowie Institut für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.): Wirtschaftsstandort DDR, Berlin/Ost 1990; sowie Hochschule für Ökonomie, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (Hrsg.): Regionalreport DDR 1990. Grundzüge räumlicher Strukturen und Entwicklungen, Berlin/Ost, Hannover 1990.

⁴ Vgl. Europäisches Parlament (Hrsg.): Die Auswirkungen der Erweiterung auf die Strukturfonds der Gemeinschaft, Luxemburg 1990, S. 7.

Der Maschinen- und Fahrzeugbau ist vor allem in den Gebieten Chemnitz/Zwickau, Leipzig, Halle, Dresden, Magdeburg, Erfurt und Berlin angesiedelt. Wasserfahrzeuge werden an der Küste (Rostock, Wismar, Stralsund) produziert, und die Elektrotechnik hat ihre Standorte insbesondere in Berlin, Dresden und Chemnitz. Die Leicht-, einschließlich der Textilindustrie, ist ebenfalls vorrangig im Süden vertreten. Eine Ausnahme bildet die Nahrungsmittelindustrie, die landwirtschaftsorientiert ausgerichtet wurde.

Branchenstrukturen in der DDR

Schon ein oberflächlicher Vergleich der Wirtschaftsstrukturen von DDR und Bundesrepublik zeigt deutliche Unterschiede (vgl. Tabelle 1)³.

Tabelle 1
Anteil der Arbeitskräfte nach Sektoren 1987

	Bundesrepublik	DDR
Primärer Sektor	5,1	10,8
Sekundärer Sektor	40,5	47,2
Tertiärer Sektor	54,4	42,0

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1989.

Die vergleichsweise große Bedeutung des primären Sektors in der DDR, in dem mehr als 1 Mill. Erwerbstätige beschäftigt sind, resultiert erstens aus dem Umfang der Rohbraunkohleförderung und zweitens aus der niedrigeren Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft bei dem gleichzeitigen Bemühen um einen hohen Selbstversorgungsgrad.

Das aktuelle Ausmaß an Braunkohleförderung und -verfeuerung ist nach allgemeiner Auffassung weder ökonomisch noch ökologisch vertretbar, so daß die Fördergebiete rund um Cottbus, Halle und Leipzig erhebliche Arbeitsplatzverluste einplanen müssen. Beispielsweise sind in Cottbus 92 000 (rund 54% der Beschäftigten), in Halle 57 000 (15%) und in Leipzig 52 000 Personen (19%) allein im Kohle- und Energiebereich beschäftigt⁴.

Auch die landwirtschaftliche Produktion läßt sich auf dem bisherigen Niveau keinesfalls stabilisieren. Betroffen werden vorrangig die Bezirke Brandenburg, Schwerin und Neubrandenburg sein, Regionen also, die bereits heute, gemessen an Indikatoren wie dem Industriebesatz oder den FuE-Einrichtungen, als ausgesprochen strukturschwach eingestuft werden müssen.

Strukturelle Umbrüche ähnlicher Tiefe lassen sich auch für den sekundären Bereich prognostizieren. Einbrüche sind vor allem in den Bereichen des Maschinen- und Fahrzeugbaus, der Elektro- und Chemieindustrie sowie im Bekleidungs-, Textil- und Ernährungsgewerbe

zu erwarten. So schätzt das DIW, daß nach einer ersten Konsolidierungsphase im verarbeitenden Gewerbe insgesamt rund 820 000 Arbeitsplätze verlorengegangen sein werden (vgl. Tabelle 2). Selbstverständlich sind diese Prognosen mit großen Unsicherheiten behaftet; sie stellen lediglich grobe Anhaltspunkte für die zu erwartenden Umbrüche in der Industrielandschaft des künftigen Ostdeutschlands dar.

Gleichwohl lassen sich aus ihnen erste Überlegungen zu den Gefahrenpotentialen für einzelne Regionen ableiten. Die einschneidendsten Umstrukturierungen werden sich im Süden und hier speziell in den Gebieten Halle/Leipzig/Cottbus und Chemnitz/Zwickau vollziehen.

Ein Beispiel

Exemplarisch können die Anpassungserfordernisse an Zwickau illustriert werden. In dieser Stadt sind rund 75 000 Arbeitskräfte beschäftigt, davon knapp 30 000 in der Industrie. Die industrielle Basis bilden folgende Betriebe bzw. Branchen:

- Die Automobilindustrie mit dem VEB Sachsenring, Hazet und Sattlereien. Die rund 12 000 Arbeitnehmer stellen mehr als 40% der gesamten Industriebeschäftigten.
- 4200 Arbeitskräfte, zumeist Frauen, arbeiten in der Textilindustrie (rund 14%).
- Der VEB Grubenlampen- und Akkumulatorenwerk zählt zum Bereich Elektrotechnik/Elektronik, ebenso wie Elmo Thurm und Elektroanlagenbau Zwickau. In diesen Betrieben sind 3600 Arbeitskräfte (12%) beschäftigt.

Bekanntlich genügen weder der in Zwickau hergestellte Trabant selbst noch das Produktionsverfahren auch nur näherungsweise den Anforderungen einer mo-

Tabelle 2
Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in der DDR

Wirtschaftszweige	Beschäftigte in 1000	Anteil in % am warenproduzierenden Gewerbe	Arbeitsplatzverluste nach einer ersten Konsolidierungsphase in 1000
Baugewerbe	563	15	+ 100
Verarbeitendes Gewerbe	3168	85	- 820
darunter:			
Maschinen- und Fahrzeugbau	756	20	- 180
Elektrotechnik, Elektronik	398	11	- 150
Textil und Bekleidung	414	11	- 200
Ernährung	336	9	- 100
Metallerzeugung und -verarbeitung einschl. Stahl- und Leichtmetallbau	292	8	- 30
Chemie und Mineralölverarbeitung	210	6	- 110

Quelle: DIW-Wochenbericht 17/90 vom 26. 4. 90, S. 243.

dernern Automobilproduktion. Daher wird die bisherige Produktion unter marktwirtschaftlichen Bedingungen keine Chance haben. Ob mit der anvisierten Poloproduktion in Mosel bei Zwickau diese Lücke geschlossen werden kann, bleibt abzuwarten. Bislang existiert noch kein endgültiger Vertrag, und ein nennenswerter Produktionsumfang ist nicht vor Mitte der 90er Jahre zu erwarten. Unabhängig davon werden bei den im regionalen Umfeld angesiedelten Zulieferbetrieben Beschäftigungsrückgänge zu erwarten sein. Das gilt wohl auch für die Herstellung von Akkumulatoren und vor allem Bergbauausrüstungsgegenständen. Hinzu kommt, daß der Standort Zwickau durch die Produktion von VEB Grubenlampen und Akkumulationswerk sowie durch die

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

WELTKONJUNKTURDIENST

Der Vierteljahresbericht, der von der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg erarbeitet wird, analysiert und prognostiziert die wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten westlichen Industrienationen sowie auf den Weltrohstoffmärkten.

Jahresbezugspreis
DM 80,-
ISSN 0342-6335

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Steinkohlenkokerei „August Bebel“ ökologisch extrem belastet ist. Zugleich werden der Textilindustrie erhebliche Anpassungsschwierigkeiten vorausgesagt – in diesem Bereich sind mehr als 50% aller Arbeitsplätze gefährdet.

Vor komplizierten Umstrukturierungsaufgaben stehen insbesondere auch die Regionen Halle/Leipzig und Cottbus. In diesen Gebieten bestehen starke Verflechtungen zwischen dem Energie- und Kohlesektor einerseits und der Chemieindustrie andererseits. Beide Branchen müssen aber sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Erwägungen dringend schrumpfen. Gleichzeitig werden vor allem im Gebiet Leipzig/Halle Schwermaschinen produziert – und zwar nicht zuletzt auch für diese überkommenen Branchen (z.B. Tagebauausrüstungen und Chemieanlagen), so daß auch diese ökonomische Standbein gefährdet ist.

Ohne Zweifel werden auch die übrigen Verdichtungsgebiete des Südens mit erheblichen Problemen konfrontiert sein. Allerdings deuten Indikatoren wie die diversifizierte Industriestruktur, aber auch die Produktpalette und die geringeren ökologischen Lasten auf günstigere Ausgangsbedingungen hin⁵.

Erhebliche Strukturanpassungen haben schließlich monostrukturierte Regionen wie Brandenburg, Henningsdorf und Eisenhüttenstadt (Metallurgie), Rostock (Schiffbau) oder die Gebiete um Frankfurt/Oder zu vollziehen. So arbeiten z.B. in den Kreisen Fürstenwalde oder Schwedt bis zu 80% der Erwerbstätigen in der chemischen Industrie⁶.

Wettbewerbsfähigkeit

Der skizzierte Niedergang bestimmter Branchen und Industrieregionen wird in der öffentlichen Diskussion vielfach als temporärer Prozeß gedeutet, dem eine neue Wachstumsdynamik folgen wird. Diese Erwartung kann allerdings nur dann Plausibilität beanspruchen, wenn die Problemregionen der DDR Standortvorteile gegenüber bundesdeutschen Räumen aufweisen.

Werden zur Beurteilung des Standorts DDR die gängigen Kriterien wie z.B. Qualifikationsniveau der Arbeits-

kräfte, Dichte und Leistungsfähigkeit der Infrastruktureinrichtungen, räumliche Netze produktionsnaher Dienstleistungen oder kompetente Zulieferer herangezogen, dann sind die Problemgebiete der DDR keinesfalls wettbewerbsfähig. Auch im Bereich der FuE gilt die DDR als hoffnungslos unterlegen⁷.

Ein mögliches Ansiedlungspotential stellen die sogenannten absatzorientierten Unternehmungen dar. Doch selbst hier läuft die DDR Gefahr, daß die Produktionskapazitäten dieser Unternehmen in Westdeutschland verbleiben und die Märkte der DDR über den Aufbau geeigneter Vertriebssysteme erschlossen werden. So belegt eine empirische Studie von Creditreform, daß die DDR für die bundesdeutschen Unternehmen vor allem als Absatzmarkt, nicht aber als Standort interessant sei⁸.

In der regionalwissenschaftlichen Diskussion ist in den letzten Jahren verstärkt auf die Bedeutung „weicher“ Standortfaktoren hingewiesen worden, wie z.B. kulturelle Angebote, intakte Umweltbedingungen oder attraktive Wohn- und Stadtstrukturen. Es bedarf keiner ausführlichen Darlegungen, um zu dem Ergebnis zu kommen, daß auch Kriterien dieser Art eher gegen die DDR sprechen.

Vieles spricht somit dafür, daß die Verdichtungsräume der DDR weniger in Wettbewerb zu den Agglomerationszentren, sondern eher in Konkurrenz zu den strukturschwachen Gebieten in West und Ost treten werden. Wesentlicher Wettbewerbsfaktor sind dabei Preisdifferenzen bei den Produktionsfaktoren Arbeit und Boden. Noch hat die DDR hier Vorteile, die sich allerdings bereits zum jetzigen Zeitpunkt zu relativieren beginnen. Vor wenigen Wochen wurde die Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden reduziert und erste Streiks und Lohnforderungen zeigen, daß die Erwerbstätigen in der DDR Anschluß an das Einkommensniveau der Bundesrepublik finden wollen. Damit reduzieren sich die Standortvorteile mittelfristig auf preisgünstige Grundstücke, die aber auch die Gemeinden vor allem der strukturschwachen Fördergebiete der Bundesrepublik anbieten.

Marktendogene Kräfte allein werden kaum in der Lage sein, diesen Trend hin zur Verschärfung räumlicher Disparitäten zu stoppen. Daher sind konzeptionelle Überlegungen zu einer problemadäquaten Regionalpolitik notwendig. Die bisherige Förderkonzeption für die Bundesrepublik hat die an sie gestellten hohen Erwartungen leider nicht erfüllen können⁹. Für ein vereinigtes Deutschland ergeben sich regionalpolitische Aufgaben bislang nicht gekanntem Ausmaßes. Vor diesem Hintergrund erstaunt die Tatsache, daß regionalpolitische Visionen bislang eine eher untergeordnete Rolle im Kontext der Vereinigungsdiskussion spielen.

⁵ Ebenda, S. 4 f.

⁶ Ebenda, S. 7.

⁷ Vgl. Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen/Nürnberg (Hrsg.): Forschung und Entwicklung in der DDR – gegenwärtiger Kenntnisstand (Anfang Mai 1990), unveröffentlichtes Manuskript.

⁸ Vgl. Handelsblatt vom 8./9. 6. 1990.

⁹ Vgl. F. Buttler u.a., a.a.O.; F. Beckenbach: Die regionale Wirtschaftsförderung. Bestandsaufnahme und Alternativen, in: Schriftenreihe des IÖW, 10/1988.